



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag

*Die politische Lage in Deutschland*

## Für Deutschland. Für Europa Haushalt konsolidieren, Wachstum sichern

Der 24. Bundesparteitag der CDU in Leipzig hat gezeigt, dass die Union die große gesellschaftliche Kraft in unserem Land ist, die für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft und des sozialen Ausgleichs, der Wettbewerbsfähigkeit und des Zusammenhalts, von Maß und Mitte steht. Wir sind die Kraft, die intensiv über die politische Ausrichtung des Landes diskutiert, dann unterschiedliche Positionen aber auch zusammenführen kann. Insbesondere in drei Bereichen hat der CDU-Bundesparteitag wichtige Entscheidungen getroffen.

Mit dem Europaantrag wird deutlich, dass Deutschlands und Europas Zukunft untrennbar miteinander verbunden sind. Der Euro ist weit mehr als eine Währung. Nur mit ihm können wir in eine positive Zukunft schauen. Daher müssen wir auf europäischer Ebene die Weichen dafür stellen, dass der Euro nicht nur gestützt, sondern auch dauerhaft gestärkt werden kann. Dazu müssen wir die Europäische Union weiterentwickeln. Das heißt mehr und nicht weniger Europa, insbesondere im Bereich der Finanzpolitik. Während die frühere rot-grüne Bundesregierung den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht und damit faktisch ausgehebelt hat, wollen wir ein strenges wirtschafts- und finanzpolitisches Regelwerk, das für solide Staatsfinanzen in allen Mitgliedstaaten sorgt.

Mit dem Beschluss „Bildungsrepublik Deutschland“ steht die CDU für ein begabungsgerechtes und gegliedertes Schulsystem. Wir wollen die richtige Schule für jedes Kind, nicht aber die Einheitsschule für alle. Die neu vorgesehene Möglichkeit der Zusammenfassung von Haupt- und Realschulen ist ein Angebot an die kommunalen Schulträger, um den Fortbestand von weiterführenden Schulen im ländlichen Raum auch bei sinkenden Schülerzahlen zu erhalten. Darüber hinaus stehen wir zu Haupt- und Realschulen sowie zu integrativen Schulformen, wo diese funktionieren und dem Elternwillen entsprechen.

Im Zentrum unserer Politik steht der Mensch. Unser politisches Handeln orientiert sich an den Vorgaben des christlichen Menschenbildes. Ausbeutung ist damit nicht vereinbar. Unanständige Löhne können wir nicht dulden. Mit uns wird es jedoch auch keinen allgemeinverbindlichen gesetzlichen Mindestlohn geben. Die CDU setzt sich aber für eine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen ein, in denen es keinen tarifvertraglich festgelegten Lohn gibt. Dabei geht es um eine marktwirtschaftlich organisierte Lösung und eben nicht um einen politischen Mindestlohn. Die Lohnuntergrenze, die sich an den für allgemein verbindlich erklärten, tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren soll, muss deshalb durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden. Allein diese können auch die notwendigen Einzelheiten klären und erforderlichen Differenzierungen bei der Festsetzung einer Lohnuntergrenze vornehmen.

Im Mittelpunkt dieser Woche stand darüber hinaus die Beratung des Haushaltes für das Jahr 2012. Mit der geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 26,1 Mrd. Euro haben wir die Neuverschuldung gegenüber dem Regierungsentwurf um weitere 1,1 Mrd. Euro abgesenkt. Das sind nicht nur

22,3 Mrd. Euro weniger als für 2011 geplant waren, sondern damit unterschreiten wir auch die zulässige Grenze der Schuldenbremse um mehr als 14 Mrd. Euro. Ob wir im kommenden Jahr den vorgesehenen Neuverschuldungsrahmen von 26,1 Mrd. Euro ausschöpfen werden, wird sich Ende 2012 zeigen. Für das laufende Jahr zeichnet sich ab, dass wir 2011 statt der geplanten 48,4 Mrd. Euro Neuverschuldung mit einem Ist-Wert von weniger als 25 Mrd. Euro neuer Schulden abschließen werden. Auch dies ist ein Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung.

Unser Konsolidierungskurs schließt die erforderliche Stärkung der Wachstumskräfte ein. Wegen sich abschwächender Konjunkturerwartungen haben wir in den Planungen für 2012 auf einen noch weitergehenden Schuldenabbau verzichtet. Wir halten die Ausgaben stabil und setzen Akzente in Zukunftsbereichen. Gegenüber dem Regierungsentwurf erhöhen wir deshalb die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur um 1 Mrd. Euro. Für Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen stehen 600 Mio. Euro zur Verfügung, im Bereich Bundeswasserstraßen 300 Mio. Euro und für Schienenwege 100 Mio. Euro. Dem Bereich Bildung und Forschung stehen für 2012 insgesamt knapp 13 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um mehr als 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der ursprünglich im Regierungsentwurf vorgesehene Haushaltsansatz für die Städtebauförderung von 410 Mio. Euro wird um 45 Mio. Euro aufgestockt. Der Bund stellt damit genauso wie im laufenden Jahr auch 2012 ein Fördervolumen in Höhe von 455 Mio. Euro für neue Maßnahmen zur Verfügung. Der Bundeshaushalt 2012 steht im Lichte unserer europäischen Verantwortung. Wir können bereits in diesem Jahr die 3%-Nettoneuverschuldungsgrenze wieder einhalten und werden sie auch 2012 deutlich unterschreiten. Deutschland zählt zu den haushaltspolitischen Vorbildern in Europa. Diesen Ansprüchen zu genügen, ist wichtiger denn je.

Wir haben Deutschland gut durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise geführt. Der Arbeitsmarkt ist in der besten Verfassung seit 20 Jahren. Mehr als 41 Mio. Menschen sind erwerbstätig; die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich unter die 3-Millionen-Marke gesunken. In diesem Jahr gab es deutliche Lohnerhöhungen von drei, vier Prozent und mehr. Die ausgezeichnete Entwicklung am Arbeitsmarkt füllt auch die Rentenkasse. Ihre Rücklage wird Ende 2011 fast 24 Mrd. Euro betragen und nähert sich damit der zulässigen Höchstgrenze des 1,5-fachen einer Monatsausgabe an. Diesem Erfolg u.a. auch unserer Politik ist es zu verdanken, dass die Renten im Sommer des nächsten Jahres voraussichtlich um 2,3 Prozent im Westen und 3,2 Prozent im Osten ansteigen werden. Aber auch die Beitragszahler profitieren von dieser Entwicklung. Das Bundeskabinett hat am vergangenen Mittwoch beschlossen, den Beitragssatz für die Rentenversicherung zum 1. Januar 2012 von 19,9 auf 19,6 Prozent zu senken. Mit diesem Schritt entlasten wir die Arbeitnehmer und Arbeitgeber insgesamt um je 1,3 Mrd. Euro und stärken in einem schwieriger werdenden Umfeld das Wachstum in Deutschland.

# Die Woche im Parlament

In dieser Woche haben wir den **Bundeshaushalt 2012** und die **mittelfristige Finanzplanung** bis zum Jahr 2015 beschlossen.

Anlass für unseren in dieser Woche debattierten Antrag **Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014–2020 - Ein strategischer Rahmen für nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik mit europäischem Mehrwert** ist die Tatsache, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen deutlich (um 110 Mrd. Euro) über den Ansatz hinaus geht, den Deutschland zusammen mit Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Finnland im Dezember 2010 gefordert hat. Gleichzeitig schlägt die Kommission zur Erhöhung der Einnahmen im Entwurf des neuen Eigenmittelbeschlusses die Einführung einer Europäischen Mehrwertsteuer und eine Europäische Finanzmarktsteuer vor. Angesichts der aktuellen erheblichen Anstrengungen zur Stabilisierung der gemeinsamen Währung und der gleichzeitig erforderlichen nationalen Haushaltskonsolidierungen halten wir eine strikte Ausgabenbegrenzung auch im EU-Haushalt für unumgänglich. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU nicht mehr ausgibt, sondern ihre Mittel besser einsetzt. Die Einführung einer eigenen EU-Steuer lehnen wir ebenso ab wie den Zufluss von Anteilen nationaler Steuern an den EU-Haushalt.

Anlässlich der lange unerkannten Zusammenhänge von Morden durch rechtsextremistische Täter debattierten wir in dieser Woche die **Mordserie der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung rechts-extremistischer Gewalttaten** sowie einen entsprechenden gleichlautenden Entschließungsantrag, den alle Fraktionen des Deutschen Bundestages unterstützen. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat dabei im Bundestag die Trauer, Betroffenheit und Bestürzung des hohen Hauses über die erschreckende Serie von Morden und Anschlägen zum Ausdruck gebracht. Er zeigte sich beschämt und entschuldigte sich ausdrücklich bei den Opfern und Angehörigen. Mit den Mitteln des Rechtsstaates müsse alles Mögliche getan werden, die Ereignisse und ihre Hintergründe aufzuklären. Der Schutz von Leib und Leben und die von der Verfassung garantierten Grundrechte hätten Geltung für jeden, der hier lebe – ganz gleich welcher Herkunft, welchen Glaubens und welcher Orientierung, betonte der Bundestagspräsident. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich versprach, die Verbrechen aufzuklären und die Schuldigen und ihre Helfershelfer zu bestrafen. Mit aller Kraft wolle er den geistigen Sumpf austrocknen, der diesen Taten zugrunde liege. Die Morde seien ein Angriff auf die freiheitliche Gesellschaft und die Demokratie in Deutschland. Für Extremismus und politische Gewalt dürfe daher hierzulande kein Platz sein, sagte der Bundesinnenminister. Friedrich kündigte die Einrichtung eines gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus (GAZ) an, in dem Bund und Länder zusammenarbeiten werden. Der Innenminister rief die Bundesländer auf, sich daran zu beteiligen. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe betonte, dass derzeit 300 Polizisten aus Bund und Ländern intensiv an der Aufklärung der Verbrechen arbeiteten. Wo Fehler und Versäumnisse in den Behörden passiert seien, müssten diese aufgeklärt und Konsequenzen gezogen werden. Er betonte aber auch, dass die Union an der Seite der Polizei stehe und den Polizisten bei dieser schwierigen Aufgabe den Rücken stärke. Beim Einsatz gegen rechtsextremistische Bestrebungen verlangte Gröhe von der Zivilgesellschaft ein Bekenntnis zur Demokratie, wenn sie staatliche Förderung erhalten wollten. Dies habe nichts mit einem Generalverdacht zu tun, sagte Gröhe.

Die Bundesregierung brachte diese Woche ihren Antrag zur **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias** ein. Die somalische Übergangsbundesregierung bzw. die somalischen Regionalbehörden werden auch in absehbarer Zukunft nicht in der Lage sein, die von somalischem Staats-

gebiet ausgehende Piraterie wirksam zu bekämpfen. Der Schutz durch die Operation Atalanta ist auch für die Versorgung der somalischen Bevölkerung mit Lebensmitteln von zentraler Bedeutung, da die humanitäre Hilfe durch Lieferungen des Welternährungsprogramms oder der Mission AMISOM der Afrikanischen Union überwiegend auf dem Seeweg erfolgt. Das Mandat soll unverändert mit einer Obergrenze von 1.400 Soldaten bis zum 18. Dezember 2012 verlängert werden.

Ebenfalls zur Debatte stand die **Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA (Operation Active Endeavour/OAE)** als Beitrag der NATO zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Der militärische Auftrag besteht darin, bestimmte Bereiche des Mittelmeeres zu überwachen und gleichzeitig zur Abschreckung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten Präsenz zu zeigen. Das Mandat soll inhaltlich unverändert mit einer Obergrenze von 700 Soldaten fortgesetzt werden.

## Daten und Fakten

**Höchster Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung:** Im dritten Quartal 2011 ist die Zahl der Erwerbstätigen auf rund 41,2 Mio. gestiegen. Das waren 495.000 Personen oder 1,2% mehr als vor einem Jahr. Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stellt diese Zahl den höchsten Stand der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung dar. Die größten Beschäftigungsgewinne im Vorjahresvergleich gab es weiterhin bei den Unternehmensdienstleistern mit einem Plus von 189.000 Menschen (+3,6%), gefolgt von Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit zusammen +138.000 Erwerbstätigen (+1,5%). Demgegenüber war bei den öffentlichen Dienstleistern einschließlich Erziehung und Gesundheit – auch bedingt durch das Auslaufen der Wehrpflicht – im dritten Quartal im Vorjahresvergleich per Saldo ein leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit um 10.000 Personen (-0,1%) zu verzeichnen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Deutsche Wirtschaft ist weiterhin auf Wachstumskurs:** Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Vierteljahr 2011 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,5% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzte sich somit nach dem wachstumstarken Jahresbeginn (+1,3% im ersten Quartal) weiter fort und nahm im Berichtsquartal wieder etwas mehr Fahrt auf. Zudem wurde das Ergebnis für das zweite Quartal 2011 nach oben, auf nun +0,3%, korrigiert. Im Vorjahresvergleich legte die Wirtschaftsleistung kräftig zu: Das preisbereinigte BIP war im dritten Quartal 2011 um 2,5% höher als ein Jahr zuvor (kalenderbereinigt um 2,6%). Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich in erster Linie aus dem Inland: Dabei trugen insbesondere die privaten Konsumausgaben zum Anstieg des BIP bei.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



**Landesgruppe  
Niedersachsen**  
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

**Vorsitzender:**

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de